

2010: Das Jahr als die Mittelschicht auf die Straße ging und wir versuchten Lohnarbeit und Rassismus zu schottern

Am 20. April 2010 kam es auf der Ölbohrplattform Deepwater Horizon zu einer Explosion nach dem Ausströmen von Erdgas aus einem Bohrloch. Es starben elf Menschen. Die Plattform sank zwei Tage später. Etwa 10 Millionen Liter Rohöl strömten täglich ins Meer, auch weil der Konzern British Petroleum (BP) die Kosten für Dichtungen und zusätzliche Sicherheitsbohrungen eingespart hatte. Das Loch konnte nicht abgedichtet werden. Es fehlte eine Reparaturtechnik für die Tiefe von 1.500 Meter. In dieser Wassertiefe können Menschen nicht arbeiten. Internationaler Protest zwang BP zu experimentieren. Die von Barack Obama geführte US-Bundesregierung war dem Konzern in diesem Prozess ausgeliefert.

Bis zu 30.000 zivile HelferInnen und Einheiten des US-Militärs waren Monate lang im Einsatz, um die Katastrophe in den Griff zu bekommen. Mit Seefahrzeugen versuchten sie, Barrieren gegen die Ausbreitung des Ölteppichs zu bauen. BP verbrannte teilweise das Öl, saugte es ab oder zersetzte es mit hochgiftigen Chemikalien. Mit ca. 1,5 Milliarden Litern Corexit wurde versucht, das austretende Öl direkt am Bohrloch in kleine Tröpfchen zu zersetzen. Dadurch wird das Öl zwar von der Meeresoberfläche entfernt, ist aber noch viel gefährlicher für die Meeresbiologie, da es mit zusätzlichen hochgiftigen Chemikalien kombiniert ist und in tiefere, empfindlichere Wasserschichten absinkt. Erst nach fünf Monaten gelang ein Versuch einer robotergesteuerten Schließung des Lecks mit einer Glocke. Bis Anfang August 2010 waren 780 Millionen Liter Rohöl ins Meer ausgelaufen.

Die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko veranschaulicht beispielhaft, wie das Verhältnis von Staat und Kapital zueinander im Kapitalismus aussieht. Um seinen Profit zu steigern, strebt das Kapital stets danach, die unprofitablen Ausgaben, wie die für Sicherheitsvorkehrungen, so gering wie möglich zu halten.

Die Folge ist eine rücksichtslose Produktivkraftentwicklung, da dem Kapital die Kosten für eine in einer Wassertiefe von 1.500 Metern – auch in Notfällen – sichere Technik zu hoch erschienen. Der US-Staat als ideeller Gesamtkapitalist, der die gesellschaftlichen Kosten für das nationale Kapital erträglich halten muss, hat hier versagt, weil VertreterInnen des Ölkapitals in den Genehmigungsbehörden saßen.

In der Weltwirtschaftskrise ist es dem Staat als ideellem Gesamtkapitalisten unmöglich, die Ursachen dieser Krise, die Konkurrenz und den Zwang zur Profitmaximierung mit der Folge der Überakkumulation von Kapital und der Überproduktion von Waren, zu beseitigen. Der weltweite Zusammenbruch des Kapitalismus konnte jedoch durch international abgestimmte Staatseingriffe wie Konjunkturprogramme oder/und eine Niedrigzins- bis Nullzinspolitik nationaler Zentralbanken verhindert werden. Auch die Konsolidierung des Haushaltes kann

zur Krisenbewältigung eingesetzt werden, in der Regel unter Bedingungen verschärfter Ausbeutung.

Grundsätzlich geht es immer um unterschiedliche Formen der Ausbeutung der Lohnabhängigen, mal brutaler, mal abgefederter, wobei die mörderischen Folgen der Krise auf die Menschen im Trikont* abgewälzt werden. Schnell oder langsam wird die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums vorangetrieben, je nach dem Stand der Klassenkämpfe und je nachdem, was als möglich angesehen wird, ohne die Legitimation des Staates grundsätzlich zu gefährden. So findet im kapitalistischen Zentrum EU-Europa auf Druck des IWF und der ökonomisch stärksten Staaten die heftigste Umverteilung in Griechenland statt. Die Stabilisierung der kapitalistischen Akkumulation wird versucht durch eine brutale Steigerung der Ausbeutung der Lohnabhängigen trotz starken Widerstands zu erreichen: mit Rentenkürzungen, Lohnkürzungen, Arbeitserweiterungen, Erhöhung der Arbeitsdichte, also grundsätzlich durch Zerschlagung erkämpfter sozialer Errungenschaften der ArbeiterInnenklasse. In Portugal gab es gegen das brutale Sparpaket der sozialistischen Regierung einen Generalstreik im gesamten öffentlichen Dienst, der fast überall befolgt wurde. In Frankreich gab es breiten sozialen Widerstand, nicht nur der Lohnabhängigen sondern auch der Jugendlichen, gegen die Erhöhung des Vollrentenalters auf 67 Jahre.

Die erdrückende ökonomische Überlegenheit Deutschlands liegt u. a. in der Senkung der Lohnstückkosten begründet, die das Kapital mit Hilfe willfähriger Gewerkschaften in der BRD durchzusetzen in der Lage war. Der Druck auf Löhne und Gehälter wurde u. a. durch die Aushöhlung von Arbeitsschutzrechten, Hartz IV usw. erreicht.

Die Regierung Merkel setzt auf die Stärkung des Kapitals: Mit der Verlängerung der KurzarbeiterInnenregelung werden die Subventionierung des Kapitals bzw. die Senkung seiner Kosten und die Befriedungsstrategie fortgesetzt. Massenentlassungen könnten zu Solidarität und gezielten Arbeits- und politischen Kämpfen führen. Durch die Erleichterung des Einsatzes von LeiharbeiterInnen hatte die SPD/Grüne-Bundesregierung zur Lohnsenkung beigetragen und damit eine der Grundlagen für die Strategie geschaffen, durch die Steigerung der Exporte die Folgen der Weltwirtschaftskrise zu kompensieren.

Im Rahmen der sogenannten Haushaltskonsolidierung der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung sollen die für das Kapital unproduktiven Kosten in den Staatshaushalten weiter gesenkt werden, soweit dies die Legitimation der Herrschenden nicht untergräbt. Dafür wurde vom schwarz-gelben Bundeskabinett Anfang September 2009 ein sogenanntes Sparpaket mit einem Umfang von 80 Milliarden Euro für den Zeitraum 2011 bis 2014 beschlossen, das nun schrittweise umgesetzt wird.

Am 28. Oktober 2010 verabschiedete der Bundestag ein Haushaltsbegleitgesetz mit einem Volumen von rund 20 Milliarden Euro, das zentrale Elemente dieses Sparpakets enthält. Ab 1. Januar 2011 gibt es für Langzeitarbeitslose keinen Zuschuss mehr für die Renten-

* die drei unterentwickelt gehaltenen Kontinente Afrika, Asien und Lateinamerika

versicherung. Der Heizkostenzuschuss für WohngeldempfängerInnen entfällt. Der Zuschlag, den Erwerbslose erhalten, wenn sie aus dem Arbeitslosengeld I ins Arbeitslosengeld II fallen, wird gestrichen. Er betrug bisher höchstens 160 Euro im Monat für Alleinstehende, mit PartnerIn höchstens 320 Euro. Je Kind gab es im ersten Jahr höchstens 60 Euro im Monat. Der Ermessensspielraum der Bundesagentur für Arbeit bei Leistungen aus Förderprogrammen oder Eingliederungshilfen wird ausgeweitet. Für Hartz-IV-EmpfängerInnen wird das Elterngeld komplett gestrichen. Der Satz des Elterngeldes sinkt auf 65 Prozent des vor der Geburt eines Kindes zur Verfügung stehenden Einkommens, sofern dieses über 1200 Euro lag. Der Höchstbetrag von maximal 1800 Euro im Monat bleibt unverändert, aber den erreichen gering bezahlte Lohnabhängige sowieso nicht.

Mit Einführung der Luftverkehrssteuer wird je nach Fluglänge ein Flugticket mit 8 Euro, 25 Euro oder 45 Euro je Strecke besteuert. Insgesamt etwa eine Milliarde Euro pro Jahr wird dann von denen bezahlt, die vom Fliegen nicht nur träumen.

Das Kapital wird in diesem Gesetz nahezu nicht belastet, die zunächst vorgesehene Reduzierung von Steuervergünstigungen für energieintensive Produktionen entfiel teilweise – stattdessen werden nun alle RaucherInnen durch höhere Tabaksteuern zur Kasse gebeten. Von den im Haushaltsbegleitgesetz beschlossenen »Einsparungen« im Umfang von rund 20 Milliarden Euro bis 2014 werden mehr als 12 Milliarden Euro durch Kürzungen bei ALG II- bzw. Hartz IV-EmpfängerInnen erzielt.

Mit weiteren Gesetzen bzw. Gesetzesänderungen und Maßnahmen, wie z. B. mit der ab 2012 geplanten Finanzmarkt-Transaktionssteuer oder Kürzungen im Rahmen der normalen Haushaltsverfahren, sollen bis 2014 weitere 60 Milliarden Euro Einsparungen erreicht werden. Als größter Einzelposten werden auch hier Einsparungen im Bereich des Sozialgesetzbuches SGB II und SGB III vorgesehen, also bei der »Grundsicherung von Arbeitssuchenden« und der »Arbeitsförderung«. Die Propaganda, alle würden beim Sparen beteiligt werden, entlarvt sich als Integrationsdemagogie, das Kapital saniert sich auf Kosten der Armen.

Besonders deutlich wird das bei den ebenfalls am 28. Oktober 2010 beschlossenen Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke. Auf Grundlage der sogenannten Atomkonsens- bzw. Ausstiegsvereinbarung der damaligen SPD/Grünen-Bundesregierung am 14.6.2000 wurde das Atomgesetz am 14.12. 2001 durch den Bundestag geändert und trat am 26.4.2002 in Kraft. Es erlaubte zusätzliche Laufzeiten von bis zu 15 Jahren, das heißt Atomkraftwerke laufen statt wie bisher mindestens bis 2025 noch mindestens bis zum Jahr 2040. Von den zu erwartenden Zusatzprofiten von über 200 Milliarden Euro (andere Berechnungen gehen von 100 – 150 Milliarden aus) für die Energiekonzerne, werden 2,3 Milliarden Euro pro Jahr über die auf sechs Jahre befristete »Kernbrennstoffsteuer« sozusagen als Dankeschön dem Staat überwiesen und insgesamt 1,4 Milliarden Euro sollen in diesem Zeitraum von den Konzernen in regenerative Energien investiert werden, bleiben mindestens 184 Milliarden Extraprofit für das Atomkapital.

Die wesentliche Strukturveränderung im Gesundheitswesen ist der Ausstieg der Kapitalseite aus der Finanzierung der Kostensteigerungen. Die Lohnabhängigen sollen diese zukünftig

alleine tragen. Ab 2011 soll der Krankenkassenbeitrag von 14,9 auf 15,6 Prozent des Bruttoeinkommens steigen, wobei der Anteil des Kapitals eingefroren wird. Die Kassen können zusätzlich entsprechend ihres Bedarfs sogenannte Zusatzbeiträge erheben, die ab einer Höhe von 2 Prozent des Bruttoeinkommens staatlich etwas abgedeckt werden.

Das Bildungswesen wird so umstrukturiert, dass der Mensch direkt und optimal verwertet werden kann. Das heißt die Verabschiedung vom Ziel umfassender Bildung und einer »Bildung für alle« hin zur verschärften Klassenschule und Klassenuniversität. Mit Bachelor- und Masterstudiengängen wurde eine Zweiteilung festgeschrieben. Ein wissenschaftliches Proletariat hat sich mit dem Bachelorabschluss zu begnügen, nur ein kleiner Teil für Steuerungs-, Lenkungs- und Forschungsaufgaben soll den Master machen. Die sogenannten Exzellenzcluster, die Führung der Hochschulen durch Hochschulräte mit u. a. VertreterInnen des Kapitals führt zu einer Konkurrenz unter den Hochschulen mit der Tendenz der Eliminierung von Fachbereichen, die nicht der direkten Verwertung durch das Kapital dienen. Die Spaltung findet sich auch in der finanziellen Förderung der Studierenden wieder. Der Wert des BAföG bleibt fast gleich, gleichzeitig gibt es erstmals eine elitäre einkommensunabhängige Förderung von besonderen (Anpassungs-)Leistungen durch das Nationale Stipendienprogramm.

Gegen die Durchkapitalisierung des Bildungssystems und die Spaltung des Bildungswesens gingen 2009 hunderttausende StudentInnen und SchülerInnen auf die Straße und besetzten zeitweise Räume der Hochschulen, wie im Campus Westend in Frankfurt am Main. Unter dem Motto »Die Uni gehört allen – Unser Leben in unsere Hände!« nahmen in Frankfurt über 2500 Menschen an einer überregionalen Demonstration am 30. Januar 2010 teil, zu der u. a. das sozialrevolutionäre und antinationale Krisenbündnis Frankfurt aufgerufen hatte. Mitglieder der Ökologischen Linken nahmen teil, unter ihnen der BundessprecherInnenrat. Für ÖkoLinX-ARL brachte Manfred Zieran einen Antrag in das Frankfurter Stadtparlament ein, für eine demokratische Universität, die für alle offen ist und für Solidarität mit den streikenden StudentInnen. Insgesamt jedoch ließ der politische Druck der Streiks im Verlauf des ersten Halbjahrs erheblich nach. Es gelang 2010 nicht, die Größe der Proteste aufrechtzuerhalten. Zu den dezentral organisierten Demonstrationen am 9. Juni 2010 in mehreren Städten verlief die Mobilisierung schleppend, die Beteiligung lag bundesweit bei etwa 70.000 Studierenden. Disziplinierung und die Kriminalisierung vieler AktivistInnen durch die Hochschulleitungen zeigten ebenso Wirkung, wie ein verinnerlichter Leistungsdruck. In Frankfurt am Main hielt das Präsidium der Universität seit 3. Dezember 2009 106 Ermittlungsverfahren gegen BesetzerInnen des Casinos aufrecht, sie wurden erst im September 2010 von der Staatsanwaltschaft vorläufig eingestellt.

Dagegen, dass die Folgen der Krise auf Arme, Erwerbslose, Lohnabhängige, Studierende und SchülerInnen abgewälzt werden, rief 2010 das reformistische Bündnis »Wir zahlen nicht für Eure Krise« zu überregionalen und bundesweiten Demonstrationen auf. Am 20. März 2010 demonstrierten in Essen 6.000 TeilnehmerInnen unter dem Motto »Wir zahlen nicht für Eure Krise! Zwingen wir die Profiteure zur Kasse!«. Parallel nahmen in Stuttgart 2.500 Menschen an einer Kundgebung unter dem Motto »Nicht auf unserem Rücken! Für gute Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit!« teil. Ökologische Linke aus Stuttgart/Schwäbisch Gmünd verteilten das Flugblatt »Nutzt die Risse im System – Aufruhr Revolte Widerstand«.

An den Demonstrationen am 12. Juni 2010 in Stuttgart und Berlin unter dem Motto »Wir zahlen nicht für eure Krise! Gemeinsam gegen Erwerbslosigkeit, Kopfpauschale und Bildungsabbau!« nahmen in Stuttgart rund 22.000 Menschen und in Berlin bis zu 20.000 Menschen teil. In Berlin wurde unter dem Motto »Show an undead system how to die – Kapitalismus abschaffen!« zu einem antikapitalistischen Block aufgerufen, der auch vom BundessprecherInnenrat der Ökologischen Linken und der Ökologischen Linken Berlin unterstützt wurde. Nach wiederholten Angriffen der Polizei auf den Block kam es zu einem lauten Knall, durch den angeblich zwei Polizisten so verletzt wurden, dass sie im Krankenhaus behandelt werden mussten. Im unmittelbaren Anschluss brach eine verbale und mediale Hetzkampagne los, die in der Unterstellung einer Mordabsicht gipfelte. Obwohl die Lüge von einer Splitterbombe und ähnlichem widerlegt wurde, kotzten sich Medien und Politik so richtig aus. Im Berliner Abgeordnetenhaus wurde von allen Parteien eine gemeinsame Verurteilung des angeblichen »Sprengstoffanschlags« beschlossen, obwohl seitens der Polizei bestätigt wurde, dass es sich um keinen Sprengsatz gehandelt hatte. Es war lediglich ein Feuerwerkskörper. Mit einer auf Antrag der CDU/CSU und FDP im Bundestag durchgeführten »Aktuellen Stunde« am 16. Juni 2010 unter dem Titel »Bedrohliches Anwachsen linksextremer Straftaten in Deutschland« wurde die Hetze in den Bundestag getragen. Keine Partei distanzierte sich von dem Vorwurf des »Sprengstoffanschlags« und alle kriminalisierten so die DemonstrantInnen insbesondere des antikapitalistischen Blocks.

Zu der Demonstration »Endlich wird die Arbeit knapp! Kapitalismus abwracken!« am 30. April 2010 in Frankfurt am Main, rief das antinationale und sozialrevolutionäre Krisenbündnis auf, das ebenfalls die Kampagne gegen die Leiharbeit und einen Aktionstag am 9. April 2010 organisiert hatte, mit u. a. antifa [f], FAU und Ökologische Linke Frankfurt. Am Vorabend des 1. Mai beteiligten sich über 1000 Menschen an der Demonstration, die mit mehreren Zwischenkundgebungen und Redebeiträgen zur Überwindung des kapitalistischen Systems sowie zur Abschaffung der Lohnarbeit durch Frankfurt bis zum Goetheplatz zog. Die Ökologische Linke verteilte erstmals das Kampagnenflugblatt 2010 »Das Elend (mit der Lohnarbeit«. Diese sozialrevolutionäre Demonstration konnte bei guter Stimmung und ohne große Zwischenfälle bis zum Ende durchgeführt werden. Nicht einmal einen Polizeiwanderkessel gab es. Das Bündnis hatte die Polizei mit der Ankündigung eines möglichen Alternativkonzeptes erfolgreich unter Druck gesetzt.

Nachdem viele schon den Tag über den Berliner Naziaufmarsch blockiert hatten, kamen zur Revolutionären 1. Mai-Demonstration in Berlin unter dem Motto »Die Krise beenden, Kapitalismus abschaffen!« etwa 10.000 bis 15.000 Menschen zusammen, um in einer zügigen Demonstration zum Spreewaldplatz zu ziehen. Micky Haque hielt für die Ökologische Linke eine Rede gegen die Lohnarbeit bei der Abschlusskundgebung. Nach Einsetzen der Dämmerung ging die Polizei massiv mit Pfefferspray und Schlagstöcken gegen die DemonstrantInnen am Spreewaldplatz vor.

Am 30. April und 1. Mai 2010 wurde in Frankfurt am Main, München, Nürnberg und Berlin mit der Verteilung des zentralen Kampagnenflugblattes 2010 »Das Elend (mit der Lohnarbeit« begonnen. Das Flugblatt zur Krise des Kapitalismus analysiert, warum sozialdemokratische

Konzepte das Elend nicht beenden, sondern das System stabilisieren. Verwirklichter Humanismus ist nur mit der vollständigen Abschaffung der Lohnarbeit und des kapitalistischen Verwertungszwanges möglich. Insgesamt wurden 2010 auf Demonstrationen und bei Aktionen mehr als 50.000 Exemplare verteilt.

Am 2. Mai 2010 veranstaltete der BundessprecherInnenrat zusammen mit der Ökologischen Linken Berlin im Nachbarschaftshaus Fehrbelliner Straße, Berlin/Prenzlauer Berg, ein Öffentliches Gespräch mit dem Titel »Modernisierungskrise des Kapitalismus, Lohnarbeit und reaktionärer Aufmarsch des BürgerInnentums. Trotz alledem: Perspektiven für ein freies Leben«. Es gab mehrere Referate und eine intensive Diskussion zum sozialrevolutionären Prozess, der uns der Abschaffung von Kapitalismus und Lohnarbeit näher bringt.

In Frankfurt am Main wurde am 25./26. September 2010 vom BundessprecherInnenrat und ÖkoLinX-ARL im Gewerkschaftshaus ein Öffentliches Gespräch zum Thema »Krise des Kapitalismus, Lohnarbeit und reaktionärer Aufmarsch des BürgerInnentums. Trotz alledem: Perspektiven für eine solidarische Aneignung der Stadt« veranstaltet. Die spürbare Mobilisierung zum Rebellionsgespräch 2009 durch die Krise wiederholte sich nicht.

Der Koordinierungskreis der Aktion Georg Büchner sagte im September 2010 eine für Oktober geplante Bankenblockade wegen fehlender Unterstützung ab. Die Kritik war, dass diese Aktion den rechten Mainstream fördert, der Banken und nicht den Kapitalismus als Problem sieht. In Zeiten relativer stabiler Beschäftigung, d. h. bei zunächst abflachenden Krisenerscheinungen ist eine größere Mobilisierung zur sozialen Frage in der BRD als linke nicht möglich. Dass der gesellschaftliche Antisemitismus durch eine solche unreflektierte Aktion gefördert werden kann, ist ein weiterer Grund, der gegen die Aktion sprach. Das antinationale und sozialrevolutionäre Krisenbündnis Frankfurt rief für den 26. Oktober 2010 zu einer Demonstration gegen den hessischen Unternehmertag in Wiesbaden auf, der dort tagte. Unter dem Motto »Gegen Leistungsterror, Lohnarbeit und Standortkonkurrenz – die Krise heißt Kapitalismus!« demonstrierten über 300 Menschen gegen diejenigen, die wieder Profit einfahren, während sie »Sozialabbau« und »Sparpakete« für die Armen unterstützen. Der Tagungsort, das Wiesbadener Kurhaus, wurde von einem massiven Polizeiaufgebot geschützt. Die Ökologische Linke Frankfurt und ÖkoLinX-ARL unterstützten den Aufruf und nahmen teil.

Die seit Ende des letzten Jahres rapide zunehmende Hetze der Herrschenden gegen linke AktivistInnen erklärt sich auch mit den massiven, zum Teil erst kommenden sozialen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise. Sie richtet sich gegen alle, die für die Abschaffung des Kapitalismus als Ursache der Krise eintreten und kämpfen. Im Januar 2010 forderte die CSU sogenannte Aussteigerprogramme für linke AktivistInnen, in Berlin und Hamburg müssen brennende Autos herhalten, um die Kampagne gegen Links zu schüren, obwohl Autos natürlich aus unterschiedlichsten Motiven heraus angezündet werden. Das angeblich enorme Anwachsen vermuteter sogenannter »linker Straftaten«, wie es bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes am 21. Juni 2010 kolportiert wurde, erweist sich im Gesamtzusammenhang wieder einmal als Fälschung – von den knapp 25.000 als »mit politischem Hintergrund« eingestuft »Straftaten« wurden 18.750 den Neonazis zugeschrieben.

Im Spätsommer 2010 veröffentlichte Thilo Sarrazin, SPD-Mitglied und Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, sein rassistisches und sozial reaktionäres Buch »Deutschland schafft sich ab«. Offen rassistisch greift er MigrantInnen und Flüchtlinge an und unterstellt ihnen den Missbrauch von Sozialleistungen. Er warb für eine sozialdarwinistische Bevölkerungs- und Sozialpolitik: Die »unproduktiven Unterschichten« – egal welcher Herkunft – sollten jeder staatlichen Unterstützung beraubt werden. Sarrazin redete von »den Türken« und »den Arabern«, die außer für den Obst- und Gemüsehandel keine produktive Funktion hätten. Er hetzte gegen MuslimInnen mit Aussagen wie »sie produzierten ständig neue kleine Kopftuchmädchen«. Für Sarrazin gibt es, wie für die RassehygienikerInnen des 19. und 20. Jahrhunderts und den NS-Faschismus, »klügere und dümmere Völker«. Bei den KurdInnen leitet er von der Inzucht mancher Clans und einer entsprechend größeren Anzahl von Behinderungen eine mangelnde Intelligenz dieser ab und meint, deshalb könnten sie ja auch wegen schlechter Gene im deutschen Schulsystem versagen. Dass es Rassismus pur ist wird auch deutlich, da es keine ähnliche Passage von ihm über die Inzucht des deutschen Adels gibt. In den Medien gab es nur wenige so klare Kommentare wie den von Sheila Mysorekar, die Sarrazin als das bezeichnete, was er ist, ein »rassistisches Arschloch«.

Sarrazin musste seinen Posten als Vorstandsmitglied der Bundesbank erst räumen, als seine antisemitische These über ein angebliches Judengen aufgrund internationaler Empörung scheinbar drohte die Exportchancen des deutschen Kapitals zu gefährden. Der SPD-Vorstand brauchte lange, um sich zu einem Parteiausschlussantrag gegen Sarrazin zu entschließen. Im sozialdemokratischen Milieu ist die Verächtlichkeit für das Subproletariat, gepaart mit kapitalhörigem Fortschritts- und Arbeitsfleiß-Fetischismus weit verbreitet. Nach einer Emnid-Umfrage würde eine Sarrazin-Partei die höchste Zustimmung mit 29 Prozent bei AnhängerInnen der Linkspartei erhalten. Schon vor dem Skandal des Sarrazin-Buches wünschte sich laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung fast die Hälfte der deutschen Bevölkerung »Mut zu einem starken Nationalgefühl«, gemischt mit einem etwa 10-prozentigen Anteil der Befragten, der sich einen »Führer« wünscht, der die »Volksgemeinschaft zum Wohle aller mit harter Hand regiert«.

Jahrelang veranstalteten die rechtspopulistischen bis rechtsextremen FREIEN WÄHLER (früher »Bürgerbündnis für Frankfurt« – BFF) unter Wolfgang Hübner geschichtsrevisionistische Gedenkfeiern zur Zerstörung der Innenstadt Frankfurts durch die Alliierten im 2. Weltkrieg. Dagegen protestierten antifaschistische Gruppen immer wieder, störten die Trauerinszenierungen. So auch 2009, damals wurden der BFF-Vorsitzende Hübner und einer seiner Begleiter angeblich tödlich angegriffen. Anstatt sich mit den AntifaschistInnen gegen die Verdrehung der Geschichte zu solidarisieren, stimmte die Fraktion Die Linke im Stadtparlament gemeinsam mit NPD über BFF bis zu den Grünen einer Resolution gegen die antifaschistische Aktion auf der Straße und angebliche Gewalt zu. Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL, lehnte als Einziger ab.

In dieser Tradition veranstaltete nun am 22. März 2010 die Stadt selbst das geschichtsrevisionistische Gedenken mit »Trauergeläut« und begrüßte einen »Friedens-Gottesdienst« der Kirchen. Der Beschlussvorlage der CDU für die jährliche Wiederholung des Kirchen-

läutens »zum Gedenken an die schweren Bombardements 1943/1944 und die Opfer der Zerstörung der mittelalterlichen Altstadt« stimmten im Frankfurter Stadtparlament neben FREIEN WÄHLERN und Republikanern auch Grüne, SPD, FDP und FAG zu, lediglich ÖkoLinX-ARL und die Linkspartei stimmten dagegen. Ca. 100 AntifaschistInnen demonstrierten am 22. März 2010 mit einem Spaziergang unter dem Motto »Staat.Nation.Frankfurt.Scheiße.« gegen die nationale Inszenierung der Geschichte, Mitglieder der ÖkolinX-ARL und der Ökologischen Linken waren beteiligt.

Die Bundespräsidentenwahl zeigte die reaktionäre Seite von SPD und Grünen. Bundespräsident Köhler meinte zurücktreten zu müssen, wegen der öffentlichen Reaktion darauf, dass er offen aussprach, dass deutsches Militär weltweit für deutsche Wirtschaftsinteressen eingesetzt werden sollte. In den verteidigungspolitischen Richtlinien ist das 1992 und wieder 2003 nachzulesen. Die Grünen schlugen mit Unterstützung der SPD als Kandidaten für den Bundespräsidenten den ehemaligen Leiter der Stasiunterlagen-Behörde Joachim Gauck vor. Gauck vertritt die Gleichsetzung von DDR und NS-Faschismus und formuliert auch schon mal verbrämten Antisemitismus und die Relativierung von Auschwitz. In einem Vortrag 2006 erklärte er, wenn »das Geschehen des deutschen Judenmordes in eine Einzigartigkeit überhöht wird, (ist es) letztlich dem Verstehen und der Analyse entzogen.« Neben reaktionären Positionen in der Migrationspolitik befürwortet er den Afghanistankrieg.

Es ging bei der Operation Gauck darum, neue Bündnisse mit dem bürgerlichen Lager auszuloten und Bundeskanzlerin Merkel in die Defensive zu drängen. Der Linkspartei wurde wegen ihrer Enthaltung zur Wahl Gaucks von SPD, Grünen und weiten Teilen der Medien nicht bewältigte Stasi-Vergangenheit vorgeworfen. Joachim Gauck nicht gewählt zu haben, war jedoch eine Konsequenz, die sich zwingend aus Gaucks reaktionären Positionen ergab.

Gegen die nationalistischen Einheitsfeiern zum 3. Oktober 2010 in Bremen gab es dieses Jahr ein antinationales Bündnis, das zu einer Demonstration mit dem Motto »Kein Tag für die Nation – kein Tag für Deutschland!« aufrief, die mit mehr als 2.000 TeilnehmerInnen erfolgreich durchgeführt wurde. Trotz der Kriminalisierung der DemonstrantInnen als gewaltbereite LinksextremistInnen, die von einigen PolitikerInnen und Behörden geschürt wurde, konnten antikapitalistische und antinationale Inhalte durch den Aufruf, Transparente und Parolen wie »Nie wieder Deutschland« transportiert werden. Die Ökologische Linke war beteiligt und verteilte mehr als 1.500 Flugblätter.

Wer sich Nazis entgegenstellt, hat mit Kriminalisierung und Schikanen zu rechnen, auch hier ist für die Herrschenden ein linker Widerstand der eigentliche Feind. Im Vorfeld der Gegenaktionen zum Naziaufmarsch in Dresden am 13. Februar 2010 wurde das Bündnisplakat des Bündnisses »Dresden nazifrei« wegen des Mottos »Gemeinsam blockieren« beschlagnahmt, die Web-Seite gesperrt und die geplanten Blockadeaktionen kriminalisiert. Das trug jedoch eher zur Mobilisierung bei. Den um die 10.000 an Blockaden beteiligten DemonstrantInnen gelang es am 13. Februar 2010 erstmals den seit Jahren größten Naziaufmarsch Europas weitgehend zu verhindern, da bereits die Anreise der Nazis durch Straßen- und Gleisblockaden in großem Umfang verhindert wurde. Währenddessen hielten sich »brave« BürgerInnen mit der Oberbürgermeisterin Dresdens und anderen konservativen PolitikerInnen in der abgeschirmten Altstadt, fern ab des Geschehens, die Händchen, gaben

Interviews und erklärten sich zu den Verhinderern des Naziaufmarsches. Die Neuauflage folgt im Februar 2011. Mitglieder der Ökologischen Linken, unter ihnen der BundessprecherInnenrat, und SympathisantInnen der Ökologischen Linken nahmen an der antinationalen Demonstration in Dresden am 12. Februar 2010 und an den Blockaden am 13. Februar 2010 teil und verteilten das für diesen Anlass aktualisierte Flugblatt »Kapitalismus abschaffen, Faschismus entwurzeln!«.

Seit dem Erfolg in Dresden wurde wiederholt zu Massenblockaden zur Verhinderung von Naziaufmärschen aufgerufen. Am 1. Mai 2010 in Berlin beteiligten sich ca. 10.000 Menschen an Gegenaktionen und Sitzblockaden, so dass die Nazis ihren Aufmarsch abbrechen mussten.

Auch gegen prominente BlockiererInnen, wie Bundestags- und Landtagsabgeordnete der Linken in Dresden oder Ex-Bundestagspräsident Wolfgang Thierse in Berlin wurden Strafanzeigen gestellt. Das Verfahren gegen Thierse wurde »wegen geringer Schuld« eingestellt, gegen ca. 50 andere Bußgeld- und Strafverfahren eingeleitet. Die Staatsanwaltschaft Dresden stellte im Zusammenhang mit den Sitzblockaden Strafanträge wegen »Sprengung einer Versammlung« gegen Landtagsabgeordnete der Linkspartei, die bereits bis zur Aufhebung der Immunität führten.

In Sachsen wird seit Jahren die Gleichsetzung von Links- u. Rechtsextremismus betrieben, die Totalitarismustheorie popularisiert. Humanistische Ziele werden mit den verbrecherischen, menschenverachtenden Zielen des Faschismus gleichgesetzt und damit auch der NS-Faschismus relativiert. Im Vorfeld des Naziaufmarsches und den Gegenaktionen zum 13. Februar 2010 mündete das in einer Änderung des sächsischen Versammlungsgesetzes. Zukünftig soll es verboten sein, auf Demonstrationen nicht nur nationalsozialistische, sondern auch »kommunistische Gewaltherrschaft« als »vorbildlich und ehrenhaft« darzustellen. Außerdem werden symbolträchtige Orte sozusagen als demonstrationsfreie Zonen ausgewiesen. Dazu gehört z. B. auch das Leipziger Völkerschlachtdenkmal mit dem Hinweis, dieses reflektiere »das nationale Pathos und die Heldenhaftigkeit soldatischen Sterbens«. Gegen das Gesetz wurde im August 2010 eine Normenkontrollklage beim Sächsischen Verfassungsgericht durch Oppositionsparteien des Landtages eingereicht.

In vielen Bundesländern werden Versammlungsgesetze kontinuierlich verschärft, die seit 2006 Ländersache sind. Auch wenn durch eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht einzelne Bestimmungen in Bayern im Februar 2009 teilweise als unzulässig erklärt wurden, orientierte sich eine entsprechende Gesetzesvorlage Niedersachsens am bayerischen Gesetz. Am 5. Oktober 2010 wurde das Gesetz im niedersächsischen Landtag von der CDU/FDP-Mehrheit beschlossen. In Zukunft stellen bereits zwei Personen eine Versammlung dar. Die Polizei bekommt einen Freibrief, jederzeit ein »rechtswidriges« Verhalten zu konstruieren. So etwa das Verbot »in einer Art und Weise aufzutreten, die dazu geeignet und bestimmt ist, im Zusammenwirken mit anderen teilnehmenden Personen den Eindruck von Gewaltbereitschaft zu vermitteln«. Protestaktionen und Demonstrationen gab es in Göttingen und Hannover, der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung rief am 2. Oktober 2010 zu einer Demonstration in Hannover auf.

Auch wo Versammlungsgesetze nicht verschärft werden, werden bei der Anmeldung von Demonstrationen und Kundgebungen über die Auflagenbescheide die Hürden kontinuierlich erhöht. Die Auflagen einer vom DGB angemeldeten Demonstration am 14. August 2010 gegen einen Naziaufmarsch in Bad Nenndorf beinhalteten das Verbot, dunkle Kleidung zu tragen, und die Personalien der benannten Ordner sollten im Vorfeld gemeldet werden. Darüberhinaus fordern manche Ordnungsbehörden Gebühren, machen also das Grundrecht davon abhängig, Geld zu bezahlen.

Auch international ist das Vorgehen der Polizei bei Demonstrationen gegen die Herrschenden brutal. Massive Repressionen gab es gegen die Proteste zum Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember 2009. Im Vorfeld wurde die Gesetzgebung verschärft, selbst friedlichen SitzblockiererInnen drohten 40 Tage Knast. Bei der internationalen Großdemonstration mit ca. 100.000 TeilnehmerInnen am 12. Dezember 2009 stürmte die Polizei einen Teil der Demonstration, kesselte sie ein und zwang alle sich stundenlang auf die eiskalte Straße zu setzen, bevor sie 913 Menschen festnahm. Insgesamt wurden im Rahmen der Proteste 1.915 Ingehorsamkeiten vorgenommen, die Masse davon präventiv, denn nur 45 Verfahren wurden eingeleitet. Auch in Toronto gegen den G20-Gipfel im Juni 2010 konnte mensch staatliche Gewalt sehen und fühlen. 12.000 PolizistInnen verwandelten die Stadt in eine Festung. Durch Sondervollmachten für die Polizei und neueste Ausrüstung wie Teleskop-Schlagstöcke aus Stahl, sollten Proteste und Gegenaktionen im Keim erstickt werden. Im Anschluss an die Großdemonstration am 26. Juni 2010 wurden dann aus Anlass von drei brennenden Polizeifahrzeugen und eingeschlagenen Fensterscheiben unbeteiligte DemonstrantInnen und ZuschauerInnen von der Polizei brutal angegriffen und über 400 festgenommen, am Tag darauf 200 Menschen in einem Kessel festgesetzt und festgenommen.

Vor dem Oberlandesgericht Stuttgart-Stammheim wurden am 15. Juli 2010 zwei Männer wegen deren Unterstützung und angeblicher Mitgliedschaft in der türkischen Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) als ausländische »terroristische Vereinigung« nach § 129b StGB zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Für die Verurteilung genügte es, Spenden zu sammeln oder an Abendveranstaltungen beteiligt gewesen zu sein! Dabei wurden explizit Prozessunterlagen mit Aussagen in Verhören der türkischen Staatssicherheitspolizei für die Verurteilung genutzt, obwohl nicht ausgeschlossen werden konnte, dass es dabei zu Folterungen gekommen war. Im Rahmen eines Verfahren nach § 129b StGB in Düsseldorf gegen zwei Männer wegen angeblicher Unterstützung und Mitgliedschaft in der türkischen Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front DHKP-C wurde im Juli 2010 vom Europäischen Gerichtshof festgestellt, dass die DHKP-C vor 2007 wegen der fehlenden Möglichkeit, sich juristisch gegen die Aufnahme in die 2001 eingeführte sogenannten Terrorliste der EU zu wehren, rechtswidrig auf dieser geführt wurde. Sämtliche Vorwürfe von Taten, die vor 2007 begangen worden sein sollen, wären somit hinfällig. Seit 2007 müssen die Gruppen benachrichtigt werden von ihrer Aufnahme in die Terrorliste und sie können dagegen vor Gericht gehen. In den Anklagen und Verfahren nach § 129b StGB wird das Ausland Tatort für inländische Straftaten, ein Bruch des bürgerlichen Rechtsstaates.

Durch die massenhafte Speicherung individueller Daten wird die Überwachung aller immer umfassender und einfacher. Entsprechend der »EU-Richtlinie 2006/24/EG des Europäischen

Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über die Vorratsspeicherung von Daten, die bei der Bereitstellung öffentlich zugänglicher elektronischer Kommunikationsdienste oder öffentlicher Kommunikationsnetze erzeugt oder verarbeitet werden« und zur Änderung der Richtlinie 2002/58/EG in der BRD wurden seit 2008 Internet- und Telefonverbindungsdaten sechs Monate gespeichert. Im Urteil zur Sammelklage von fast 35.000 BürgerInnen gegen das »Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG« (Vorratsdatenspeicherung) bestätigte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) am 2. März 2010 erstmals die Verfassungsmäßigkeit der Speicherung von Daten auf Vorrat ohne konkreten Anlass oder Verdacht. Obwohl festgestellt wurde, dass »die Erstellung aussagekräftiger Persönlichkeits- und Bewegungsprofile praktisch jeden Bürgers« möglich ist, wurde die anlasslose Datenspeicherung nicht grundsätzlich als verfassungswidrig gewertet. Lediglich die mangelnde Sicherheit der Speicherung wurde kritisiert und eindeutige und strenge Zugriffsregelungen gefordert. Das führte zunächst zwar zur Löschung der derzeit vorhandenen Daten, jedoch wurde damit gleichzeitig die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung als verfassungskonform anerkannt.

Andere EU-Staaten haben diese EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung bis zum Stichtag am 15. September 2007 noch nicht umgesetzt bzw. lehnen dies grundsätzlich ab. Deshalb verurteilte der Europäische Gerichtshof in Vertragsverletzungsverfahren Schweden am 4. Februar 2010 und Österreich am 29. Juli 2010. In Rumänien hat das Verfassungsgericht die Richtlinie wegen der Unvereinbarkeit mit der Europäischen Grundrechtecharta Artikel 8 gestoppt. Eine Klage Irlands vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen die Vorratsdatenspeicherung wurde im Frühjahr 2009 abgewiesen. Jetzt hat nach dem Karlsruher Urteil zur Vorratsdatenspeicherung die für Inneres zuständige EU-Kommissarin Cecilia Malmström eine Überprüfung der EU-Richtlinie zur Datenspeicherung angekündigt.

Für eine umfassende Vorratsdatenspeicherung und die Datensammelwut in der BRD steht auch der seit dem 1. Januar 2010 eingeführte elektronische Entgeltnachweis ELENA. Alle Betriebe müssen nun Daten zum Lohn ihrer Beschäftigten an die »Zentrale Speicherstelle« der Deutschen Rentenversicherung melden. Andere Behörden haben auf diese ca. 40 Millionen Datensätze Zugriff. Nicht nur die Gehalts- oder Lohnhöhe ist von Interesse, sondern auch die Art der Fehlzeiten. Wegen massiver Proteste wurden die Daten zu Streik- und Aussperrungstagen unter »sonstige Fehltage« aufgenommen. Gegen ELENA wurde am 31. März 2010 eine Sammel-Verfassungsbeschwerde mit über 22.000 Unterschriften eingereicht. Viele der Daten mussten den Behörden, z. B. der Agentur für Arbeit, auch bisher schon mitgeteilt werden, wenn Leistungen oder Zuwendungen beantragt wurden. Jetzt werden jedoch von allen lohnabhängigen Menschen viele Daten erfasst und gespeichert, unabhängig davon, ob diese Daten je benötigt werden oder nicht. Es gibt keine Wahlmöglichkeit, ob mensch an diesem System und an der damit verbundenen Erfassung und Speicherung der persönlichen Angaben teilnehmen möchte oder nicht. Von Datenschutz und der fehlenden Sicherheit der Daten ganz zu schweigen.

Weitergehendes Ziel dieses Projektes soll nach den Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie auch die »Akzeptanz« der sogenannten elektronischen Unterschrift sein. Ohne die Beschaffung einer elektronischen Unterschrift, also einer auf

einer Chipkarte hinterlegten Identifikationsnummer, entweder in Zusammenhang mit dem neuen elektronischen Personalausweis oder mit einer eigenen Chipkarte, wird es ab dem 1. Januar 2012 nicht mehr möglich sein, Sozialleistungen, also z. B. Arbeitslosenhilfe, Wohn- oder Elterngeld, zu erhalten. Nur über diese Identifikationsnummer kann eine AntragstellerIn der Übermittlung der zentral gespeicherten Daten an das jeweilige Amt zustimmen. Neben der nicht fälschungssicheren technischen Umsetzung ist die Fremdbestimmung des Staates über die Art der individuellen Unterschrift grundsätzlich abzulehnen.

An der Demonstration »Freiheit statt Angst 2010« in Berlin am 11. September 2010 im Rahmen des internationalen Aktionstages »Freedom not Fear« nahmen um die 7.500 Menschen teil. Eine Melange von Piraten-Partei bis zur ÖDP, von FDP, SPD und Grünen bis zur Linkspartei zeigt einerseits, dass viele Menschen von Überwachungswahn und Datenspeicherung die Nase voll haben, andererseits treten mit SPD, Grünen oder FDP ehemalige wie aktuelle Regierungsparteien auf, die für Antiterrorgesetze und Überwachung verantwortlich sind. Aus dem linken bis linksradikalen Spektrum (ARAB, FAU, DKP, Berliner Antirepressionsforum) wurde unter dem Motto »GET OUT OF CONTROL – Zusammen gegen Polizeigewalt, Überwachung und die EU-Sicherheitsarchitektur!« zu einem antikapitalistischen Block aufgerufen, um gegen die Hetze gegen links, gegen Totalitarismustheorie und die »präventive Kriminalisierung linker und linksradikaler Strukturen« zu demonstrieren. Bei der Auftaktkundgebung verteilten Mitglieder der Ökologischen Linken Berlin das Kampagnenflugblatt 2010 »Das Elend (mit) der Lohnarbeit«.

Am 13. November 2010 fanden in Hamburg zwei linksradikale Demonstrationen gegen die Innenministerkonferenz am 18./19. November 2010 statt. Am Nachmittag zogen mehr als 1.000 Menschen unter dem Motto »»Gekommen um zu bleiben« Bleiberecht und Menschenrechte für alle!« durch den Stadtteil St. Georg mit einem hohen MigrantInnenanteil. Die am Abend stattfindende Antirepressionsdemonstration gegen Polizeigewalt und Überwachungsstaat mit etwa 2.000 TeilnehmerInnen vom Gänsemarkt zum Schanzenviertel wurde kurz vor dem Zielort wegen Polizeischikanen und Wanderkessel aufgelöst. Auch hier verteilten Menschen der Ökologischen Linken das Kampagnenflugblatt 2010 »Das Elend (mit) der Lohnarbeit«.

Mit der Wahl Ende 2009 von Catherine Margaret Ashton zur Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, qua Amt Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Vorsitzende des Rates für Auswärtige Angelegenheiten, und der Zustimmung des Europäischen Parlaments am 8. Juli 2010 zur Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) wurde für das kapitalistische Zentrum EU-Europa eine Struktur geschaffen, die nach außen die Fassade einer gemeinsamen Handlungsfähigkeit glaubwürdiger machen soll. Die bisher von der Europäischen Kommission in 130 Ländern unterhaltenen sogenannten Delegationen werden politisch ausgerichtete EU-Botschaften. Für die Absicherung von Finanz-, Handels- und Warenströmen und sogenannte »Abschottungsoperationen« wie die Grenzsicherung werden dem EAD bestehende militärische Entscheidungsstrukturen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zugeordnet.

Auf dem NATO-Gipfel vom 19. bis 21. November 2010 in Lissabon wurde die neue Strategie »NATO 2020« beschlossen, die eine Expertenkommission um die frühere US-Außenminis-

terin Magret Albright erarbeitet hatte und Mitte Mai 2010 vorstellte. Kernpunkt ist der Aufbau eines US-amerikanischen Raketenabwehrschirms, bei dem bereits vorhandene Abwehrfähigkeiten von NATO-Mitgliedsstaaten einbezogen werden, auch Russland wird zur Mitarbeit aufgefordert. Zur militärischen Abschreckung gehört auch weiterhin der Einsatz von Atomwaffen – solange es welche gibt. Außerdem wird unter dem Begriff »Vernetzte Sicherheit« ein neues außen- und sicherheitspolitisches Leitbild installiert, das im Sinne einer Aufstandsbekämpfung staatliche Entwicklungszusammenarbeit und Aufbauhilfe den militärischen Zielen unterordnet bzw. zivile und militärische Elemente kombiniert. Das soll weit über z. B. die Ausbildung von Polizeikräften im Rahmen der Anti-Piraten-Mission »Atalanta« hinausgehen, wie sie bereits mit deutscher Unterstützung in Somalia durchgeführt wird. In Lissabon beteiligten sich bis zu 30.000 Menschen an der zentralen Demonstration für die Auflösung der NATO und gegen Krieg. Auf ausdrücklichen Wunsch der DemonstrationsveranstalterInnen wurde eine Gruppe von AnarchistInnen und anderen antikapitalistischen Blöcken durch die Polizei daran gehindert an der Kundgebung teilzunehmen. Sie wurden von Sondereinheiten eingekesselt. Bei anderen Protestaktionen wie der Blockade einer Zufahrtsstraße wurden Menschen verhaftet und stundenlang ohne Begründung festgehalten.

Um die 7.100 deutsche SoldatInnen waren Mitte November 2010 an verschiedenen Interventionen und Kriegsoperationen im Ausland beteiligt. Im Rahmen der ISAF, der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan, befanden sich zu diesem Zeitpunkt in Afghanistan etwa 5000 deutsche SoldatInnen unter NATO-Führung im Krieg, bei ihren Angriffen wurden ZivilistInnen und afghanische SoldatInnen getötet. Im Februar 2010 wurde die Mandatsobergrenze der deutschen Truppen in Afghanistan für die ISAF durch den Bundestag um 850 SoldatInnen auf insgesamt 5.350 erhöht und das Mandat um 12 Monate verlängert. Alle Fraktionsmitglieder der Linkspartei votierten dagegen, von den 68 Grünen nur 21. Im August 2010 gab der deutsche Brigadegeneral Josef Dieter Bolz, Sprecher der NATO-Truppen in Afghanistan, den Einsatz des KSK (Kommando Spezialkräfte) zur »gezielten Ausschaltung«, also der Ermordung, von Taliban-KämpferInnen zu.

Am 6. April 2010 wurde die neue Nuklear-Doktrin der USA »Nuclear Posture Review«, kurz NPR, veröffentlicht. Darin beharren die USA auf dem Einsatz von Atomwaffen und der proklamierte Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen wird durch die Formulierung der Ausnahmenregelungen zur Farce. Im Kern bleiben Tausende von Atomsprengköpfen einsatzbereit, die NATO behält ihre Überlegenheit zu Russland und beide verfügen jeweils über ein Vielfaches der Atomsprengköpfe der anderen Atommächte. Ziel ist die Modernisierung der Atomwaffen, der US-Haushalt sieht für 2010 16,5 Milliarden US-Dollar dafür vor.

Die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen FRONTEX, deren Aufgabe u. a. die paramilitärische Flüchtlingsabwehr ist, ist 2010 in die Praxis der Massenabschiebungen in Europa eingestiegen. Erstmals wurden am 28. September 2010 in einem gecharterten Flugzeug 56 georgische StaatsbürgerInnen, die in Polen, Frankreich, Österreich und Deutschland verhaftet worden waren, nach Tbilissi abgeschoben. 2011 soll FRONTEX 30 bis 40 solcher Flüge organisieren und finanzieren. FRONTEX verfügt zwischen 2008 bis 2013 über ein Budget von ca. 676 Millionen Euro. Im Februar 2010 legte die Europäische Kommission einen Entwurf zur Veränderung der

FRONTEX-Verordnung vor, um die materielle und personelle Ausstattung der Grenzschutzagentur zu erhöhen und ihre Abhängigkeit von den nationalen Regierungen der EU-Staaten zu verringern.

Mit dem sogenannten Stockholm-Programm wurden im Dezember 2009 von den Staats- und Regierungschefs der EU die Grundzüge der europäischen Sicherheitspolitik für die nächsten fünf Jahre verabschiedet. Weitreichende Überwachungsinstrumente werden entwickelt, feinmaschige Überwachungssysteme installiert und die Überwachung durch z. B. einen grenzüberschreitenden Zugriff von Polizei und Geheimdiensten auf polizeiliche Datenbanken weiter verschärft. Ziel ist es, z. B. Reisebewegungen in und an den Grenzen EU-Europas zu erfassen.

Teil dieser Entwicklung ist das INDECT-Programm (Intelligentes Informationssystem zur Unterstützung von Überwachung, Suche und Erkennung für die Sicherheit der Bürger im Städtischen Raum), das als Einzelprojekt im ESRP (Europäisches Sicherheitsforschungsprogramm 2007) verankert ist. Ziel ist es bis 2013, eine arbeitsfähige EU-weite Plattform zu installieren. Im Zentrum steht die Registrierung und der Austausch von Daten, die automatische Verarbeitung aller Daten, eine automatisierte Erkennung von Bedrohung und das Aufspüren von »verdächtigem Verhalten« im Internet. Es geht dabei weniger um konkrete Ermittlungsverfahren als um eine systematische Auswertung aller Vorgänge wie Mailverkehr, Geldüberweisungen oder Suchabfragen im Internet. Mit dabei ist ein mobiles Überwachungssystem (»Mobile Urban Observation System«) mit Quadrocoptern. Unbemannte Fluggeräte, sogenannte Drohnen, gibt es im militärischen Bereich lange. Diese werden schon länger repressiv z. B. gegen MigrantInnen an den Grenzen und bei städtischen Unruhen in Europa eingesetzt.

Die Bundeswehr soll um rund ein Drittel reduziert werden. Die Strukturkommission des Bundesministeriums für Verteidigung mit dem Titel »Vom Einsatz her denken – Konzentration, Flexibilität, Effizienz« schlägt eine Reduzierung auf etwa 180.000 SoldatInnen und etwa 50.000 zivile Beschäftigte vor, der Generalinspekteur der Bundeswehr sieht 163.500 SoldatInnen als Untergrenze für die Einsatzfähigkeit an. Der angestrebte Umbau zu einer imperialistischen Einsatzarmee wird in der Krise zum »Sparprogramm« umgeschrieben, das beim Personal eingesparte Geld wird jedoch in eine Struktur mit spezialisierten Einsatzkräften und neuem Material investiert werden. Das Rüstungskapital kann jubeln, kommen doch Profite aus dem heimischen Markt zum internationalen Geschäft dazu. Der Anteil der deutschen Rüstungsexporte am weltweiten Rüstungsmarkt beträgt 11 Prozent, das ist der dritte Platz nach den USA und Russland. Ziel ist eine weltweit einsatzfähige Angriffsarmee, die den zukünftig vorgesehenen Auslandseinsätzen und einer militärischen Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen des deutschen Kapitals im Ausland gerecht wird. Vor seinem Abgang am 31. Mai 2010 hatte der ehemalige Bundespräsident Köhler Klartext geredet: »Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ, bei

uns durch Handel Arbeitsplätze und Einkommen zu sichern.« Nur das Grundgesetz mit einer Einschränkung auf eine Verteidigungsarmee muss noch geändert oder durch weitere internationale bzw. EU-Verträge ausgehebelt werden.

Mit der nationalistischen Inszenierung der deutschen Beteiligung an der Fußball-Weltmeisterschaft der Männer in Südafrika 2010 wurde das Kämpfen für Deutschland geprobt und unzählige Nationalfähnchen geschwenkt. Gleichzeitig führte die BRD Krieg – nicht nur in Afghanistan. Nach einer Umfrage des bundeswehreigenen Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (SOWI) waren schon im Herbst 2009 über 60 Prozent der Bevölkerung gegen die Kampfeinsätze der Bundeswehr gegen Aufständische. Um das Image der Bundeswehr insbesondere auch bei Jugendlichen zu verbessern, werden große Anstrengungen unternommen. Auf Veranstaltungen in Schleswig-Holstein durften SchülerInnen im Schießsimulator den Gebrauch von Handfeuerwaffen üben. Über feste Kooperationsvereinbarungen für Auftritte von Jugendoffizieren in Schulen sollen Jugendliche für die Bundeswehr gewonnen werden, 2010 schloss als erstes SPD-regiertes Land Rheinland-Pfalz eine entsprechende Vereinbarung ab. An Kommunikationsstrategien im Internet und deren Umsetzung wird unter Zuhilfenahme des Knowhows von Firmen wie Google, YouTube oder Microsoft gearbeitet. Darüber hinaus ist die Bundeswehr innenpolitisch stark vernetzt. Die Zusammenarbeit mit den Hochschulen ist fest verankert, Forschung und Lehre werden nach militärischer Verwertbarkeit unterstützt. An der Universität Potsdam wird seit 2006 für die Beschäftigung mit Militär, Gewalt und Krieg der Studiengang »Military Studies – Militärgeschichte/Militärsoziologie« in Zusammenarbeit mit dem Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in Strausberg angeboten.

Inlandseinsätze stabilisieren die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Polizei. Seit 1999 stieg die Anzahl der Inlandseinsätze sprunghaft an, 2008 waren es schon 31. Statt wie ursprünglich propagiert bei Naturkatastrophen zu helfen, übernimmt die Bundeswehr bei Großveranstaltungen längst grundgesetzwidrige polizeiliche Maßnahmen, wie z. B. 2009 die Luftraumüberwachung beim Oktoberfest in München. Das Bundesverfassungsgericht befasst sich mit der Zulässigkeit von Bundeswehreinmärschen im Inland derzeit in einer Normenkontrollklage von Bayern und Hessen gegen die noch in Kraft befindlichen Teile des Luftsicherheitsgesetzes. Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann will endlich im Grundgesetz verankert wissen, dass die Bundeswehr auch zivile Objekte sichern darf. Die Bundeswehr ist auch sonst im Inneren der BRD tätig, auf Grundlage der 2002 beschlossenen »Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland« zusammen mit fünf Freiwilligenorganisationen wie dem Technischen Hilfswerk (THW) zur »örtlichen Gefahrenabwehr«.

Am 25. Juni 2010 entschied der Bundesgerichtshof de facto die Legalisierung der aktiven Sterbehilfe. Der Behandlungsabbruch eines todkranken Menschen ist dann für ÄrztInnen und BetreuerInnen straffrei, wenn er dem PatientInnenwillen entspräche. Die veröffentlichte Meinung hat dies als größere Rechtssicherheit für ÄrztInnen und mehr Selbstbestimmung für das Individuum bejubelt. Tatsächlich ist es aber eine staatliche, teilweise Legalisierung von Euthanasie. Die Entscheidung des BGH wird in der Praxis die meist ohnehin nicht hohe Hemmschwelle senken, nach einer gewissen Zeit einen Behandlungsabbruch rechtlich durchzusetzen. Der Hintergrund ist das Streben nach Kostenersparnis im immer schärfer durchkapitalisierten Gesundheitswesen.

Im Kampf gegen die Ermordung von Mumia Abu Jamal durch die Todesstrafe fand am 9. November 2010 eine Anhörung zum Strafmaß von Mumia Abu Jamal in Philadelphia statt. Im günstigsten Fall führt dies zu einer Wiederaufnahme des Prozesses, bei dem Mumia mit selbstgewählter Verteidigung noch einmal Beweise für seine Unschuld einbringen könnte. Genauso ist jedoch eine Bestätigung der Todesstrafe möglich. Für den 11. Dezember 2010, Mumia Abu Jamal ist dann 29 Jahre in Haft, hat das Berliner »Free Mumia Bündnis« zu einer Demonstration aufgerufen. Im Dezember 2010 ist mit einer Entscheidung des Gerichts zu rechnen.

Im Sommer 2010 hat der Widerstand gegen das Projekt »Stuttgart 21« massiv an Stärke gewonnen. Zehntausende aus verschiedenen politischen und sozialen Milieus gehen regelmäßig bis zu zweimal in der Woche auf die Straße. Die Ökologische Linke Stuttgart/Schwäbisch Gmünd beteiligt sich an den Protesten und verteilt Flugblätter.

Am 30. September 2010 begann die Vorbereitung für die Baumfällungen im Stuttgarter Schlosspark mit einem Polizeieinsatz zur Errichtung von Absperrungen. Zur Verhinderung des Baumfällens wurde die parallel stattfindende Bildungsstreik- und Anti-S21-Demonstration von SchülerInnen abgekürzt und ging direkt zum Park, dem angemeldeten Abschlusskundgebungsort. Dort erfolgte ein brutaler Angriff der Polizeieinheiten. Wasserwerfer mit CS-/CN-Gas versetztem Wasser, Pfefferspray und Schlagstöcke kamen zum Einsatz. 400 Menschen wurden schwer verletzt. Vier DemonstrantInnen wurden durch direkte Wasserstrahlen vom Wasserwerfer an den Augen verletzt. Einem von ihnen wurde ein Auge kaputt geschossen, auf dem anderen bleibt mindestens eine Sehkraftverminderung. Die Herrschenden versuchten, den Widerstand zu brechen. Die Landesregierung nahm Einfluss auf die Polizei, die Absperrmaßnahmen wurden trotz der genehmigten Abschlussveranstaltung im Schlosspark ohne Anlass vorgezogen, um die DemonstrantInnen zu provozieren, und mindestens ein verdeckter Polizist mit Pfefferspray wurde in die Demonstration eingeschleust, um den äußerst gewalttätigen Polizeieinsatz zu rechtfertigen. Die offensichtliche Unverhältnismäßigkeit der Brutalität der Polizeikräfte führte zu so einer breiten öffentlichen Empörung, dass die CDU/FDP-Regierung unter Stefan Mappus sich zu sogenannten Schlichtungsgesprächen bereit erklärte. Diese Gespräche dienten nur dem Versuch einer Legitimierung der Landesregierung und waren zum Scheitern verurteilt, da es keinen Kompromiss zwischen unterirdischem und oberirdischem Bahnhof geben kann.

Der geplante Tiefbahnhof S21 verbunden mit einer Schnellbahnstrecke zwischen Stuttgart und Ulm ist gesamtgesellschaftlich gesehen ein reines Verlustprojekt, die Mobilität für Mensch und Güter wird nicht verbessert. Vielmehr führt dieses milliardenfressende Projekt zu einem weiteren Abbau eines flächendeckenden Schienenverkehrs, zu einer Reduzierung auf ein Netz von profitbringenden Schienenstrecken zum Nutzen vor allem für die Geschäftskunden. Die einzigen Gewinner sind Bau- und Fahrzeugkonzerne sowie die Immobilienhaie Stuttgarts. Auf der Ebene der Herrschaftssicherung, des Zusammenwachsens des EU-Wirtschaftsraumes spielt noch die Argumentation einer Querschnittsverbindung von Alt-EU-Europa, von Paris, in das neue EU-Europa, nach Budapest bzw. Bratislava einen Rolle. Sozial ist der Bau eine Katastrophe, wegen der Verschleuderung staatlicher Mittel, zukünftiger Fahrpreiserhöhungen, einer Bahn nur noch für Privilegierte und Barrieren

überall für Menschen mit Assistenzbedarf und alte Menschen, auch wenn es manchmal funktionierende Fahrstühle gibt. Der unterirdische Bau ist auch unsozial, weil der Mensch ein sinnliches, sehendes Wesen ist und keine HöhlenbewohnerIn. Ökologisch ist der Bau eine Katastrophe, weil er das Grundwasser bedroht, einen Park mit hunderte Jahre alten Bäumen zerstört, sich um den europäischen Artenschutz einen Dreck kümmert und wegen der geologischen Bedingungen die Wahrscheinlichkeit der Zerstörung von gewachsenen Stadtstrukturen sehr hoch ist.

Der sogenannte Atomkonsens von SPD und Grünen war nichts anderes als die Garantie des Normalbetriebs mit dem Bonus für die Atomkonzerne, die Laufzeiten von einem AKW auf das andere zu übertragen. Die CDU/CSU/FDP-Regierung setzte diesen als Ausstieg getarnten Pro-Atom-Kurs von SPD und Grünen fort. Sie gab den Atomkonzernen die Lizenz zur zusätzlichen Laufzeitverlängerung der 17 AKWs. Diese konzertierte Aktion von Rot-Grün und Schwarz-Gelb bedeutet Profitsicherung für die Atomkonzerne mindestens bis 2040 und länger und für viele Menschen Tod und Krankheit durch radioaktive Strahlung. So ist es theoretisch möglich, die Atombrücke bis zum geplanten Einstieg in die ebenso gefährliche Atomfusion aufrecht zu erhalten. Und Gorleben soll immer noch als Atomendlager durchgedrückt werden. Im Rahmen eines bundesweiten Aktionstages am 24. April 2010 fand in Biblis eine Umzingelung des dortigen AKWs statt, an der sich ca. 15.000 Menschen beteiligten. Der BundessprecherInnenrat der Ökologischen Linken und ÖkoLinX-ARL verteilten hier das neu aufgelegte Flugblatt »Das Atomkapital und seine Einheitspartei aus CDU/CSU/SPD/Die Linke/FDP/Grünen«. Von Brunsbüttel bis Krümel spannte sich am selben Tag eine Menschenkette mit etwa 100.000 TeilnehmerInnen. In Krümel fand eine von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg organisierte Kundgebung statt. Die Ökologische Linke Stuttgart/Schwäbisch Gmünd verteilte dabei ebenfalls das Antiatomflugblatt.

Am 18. September 2010 demonstrierten rund 100.000 Menschen in Berlin unter dem Motto »Atomkraft: Schluss, jetzt!« gegen die sogenannten Laufzeitverlängerungen. Das waren doppelt so viele wie im September 2009. Das Kanzleramt wurde umzingelt, die Wiese vor dem Reichstag und die Treppe zum Parlamentsgebäude wurden erobert. Die Ökologische Linke und SympathisantInnen verteilten hier etwa 6.500 Kampagnenflugblätter 2010 »Das Elend (mit) der Lohnarbeit«. Die Größe dieser Demonstrationen zeigte, dass dank der Antiatombewegung der Widerstand gegen Atomanlagen breit in der Bevölkerung verankert ist.

Die vielfältigen Formen des Widerstands gegen den Castor-Transport nach Gorleben im Wendland bescherten dem Atomkapital und Staat den bisher längsten und teuersten Castor-Transport. An der Kundgebung am 6. November 2010 in der Nähe des Verladekrans in Dannenberg nahmen etwa 50.000 Menschen teil. Die Ökologische Linke verteilte insgesamt rund 10.000 Flugblätter »Das Elend (mit) der Lohnarbeit«. Am Rand der Kundgebung schafften es BundestagspolitikerInnen der Grünen und der Linkspartei erfolgreich, sich in Szene zu setzen, was zum Teil der mangelnden politischen Klarheit der Kundgebung geschuldet war. Nur zwei Redebeiträge bezogen sich kritisch auf die Grünen. Die OrganisatorInnen ließen es zu, dass der Eindruck einer Versöhnung der Grünen mit der Anti-AKW-Bewegung entstehen konnte, und kritisierten nicht den rot-grünen sogenannten

Atomkonsens, der Grundlage für die Fortsetzung der mörderischen Atompolitik von CDU/CSU/FDP ist.

Trotz der insgesamt fehlenden antikapitalistischen Orientierung beteiligten sich in den folgenden Tagen tausende Menschen mit Witz, Phantasie und großer Entschlossenheit an Sitzblockaden auf Straßen und Schienen und anderen, effektiven Widerstandsaktionen. Bei der Aktion »Castor? Schottern!« sollte versucht werden, mit mehreren tausend Menschen massenhaft Schotter unter den Gleisschwellen zu entfernen. Dem öffentlichen und breit unterstützten Aufruf zum zivilen Widerstand folgten ca. 5.000 Leute. Mehrere große Gruppen versuchten parallel an verschiedenen Stellen auf die Gleise zu kommen. Sie wurden durch einen massiven Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken in den Wald zurückgeschlagen, Wasserwerfer und berittene Polizei kamen zum Einsatz. Das Gelände wurde präventiv durch CS- bzw. CN-Kampfgas(-granaten) sozusagen »vermint«. Zur Ausrüstung einiger PolizistInnen gehörten auch Teleskopschlagstöcke aus Stahl. Trotz des brutalen Vorgehens der Polizei gelang es auch wegen des organisierten Schutzes der SchotterInnen etliche Meter des Gleisbettes so zu »schottern«, dass es ohne Reparatur nicht mehr befahrbar war. Allein beim Einsatz von CS- bzw. CN-Gas, sowie Pfefferspray und Schlagstöcken gab es 950 Augenverletzungen, 16 Brüche, 29 Kopfverletzungen, 3 Gehirnerschütterungen und zwei Schwerverletzte, aber auch die Erfahrung mit vielen Menschen zusammen und mit Entschlossenheit tatsächlich auch etwas zu erreichen und mal wieder etwas praktisch gegen den Castor-Transport zu machen. Die Aktion trug insgesamt zu einer Radikalisierung des Widerstandes bei. Zudem wurden Polizeikräfte über viele Stunden am Gleis gebunden, so dass es währenddessen bei Harlingen gelang, eine Sitzblockade mit zeitweise bis zu 5.000 TeilnehmerInnen auf dem Gleis einzurichten, während Treckerblockaden überall im Wendland Straßen und Kreuzungen blockierten. Diese Aktion behinderte die Polizei bei der Verlegung ihrer Einheiten und war ein wesentlicher Grund für das Nachschubchaos der Polizei. Ein weiterer Grund waren die getrennten Befehlsstrukturen von Landes- und Bundespolizei.

Zum ersten Mal bei einem Castor-Transport wurde der Zug auf der Strecke, ohne Rücksicht auf die damit verbundene stundenlange Verstrahlung, in unmittelbarer Nachbarschaft zu einem Wohnhaus »geparkt« und mit NATO-Stacheldraht für die Nacht umschlossen. Greenpeace wurde von der Polizei an der Strahlungsmessung in dem Privathaus gehindert. Bereits in der Nacht davor wurden AktivistInnen, die sich an einer Brücke abgeseilt hatten, gefährdet und der Strahlung ausgesetzt, als der Castorzug unter ihnen hindurchfuhr.

Vor allem im Schatten von Kameras und jenseits medialer Aufmerksamkeit erwies sich die gelegentliche demonstrativ friedliche Räumung von DemonstrantInnen durch die Polizei schnell als Medientäuschung und es sind viele Fälle von gezieltem Quälen und absichtlichem Zufügen von Schmerzen dokumentiert. Nach der Räumung der großen Schienenblockade bei Harlingen wurden ca. 1.300 Menschen, die bis zu diesem Zeitpunkt auf den Schienen gewesen waren, bis zum Morgen stundenlang bei Minustemperaturen auf freiem Feld rechtswidrig eingekesselt, bis der Castor durchgefahren war. Dass die Polizei mit einer sogenannten Drohne Videoaufnahmen von AktivistInnen und Aktionen machte, ist illegal und stellt eine Einschränkung des freien und vom Staat nicht zu überwachenden Demonstrationsrechts dar.

Durch die Straßenblockade von Greenpeace, durch einen LKW mit AktivistInnen in Betonblöcken, die zusätzlich in der Straße verankert waren, wurde der Straßentransport um weitere Stunden verzögert. An der von X-tausendmal-quer initiierten Sitzblockade der Zufahrtsstraße vor dem Zwischenlager Gorleben beteiligten sich Tausende, durch das total passiv-gewaltfreie Konzept blieb sie jedoch zeitlich und logistisch berechenbar und damit harmlos.

Die vielfältigen Aktionen auch des zivilen Ungehorsams führten zu einer Radikalisierung des Widerstandes. So viele Menschen wie nie zuvor kamen zu Protest und Widerstand gegen den Castor ins Wendland. Viele waren das erste Mal im Wendland und bekamen die Brutalität des massenhaften Polizeieinsatzes zu spüren. Die Destruktivkraft Atomkraft nun wieder breiter ins gesellschaftliche Bewusstsein gerückt zu haben, ist ein großer Erfolg der Anti-AKW-Bewegung.

ÖkoLinX-ARL brachte im Frankfurter Römer einen Antrag ein, zur sofortigen Stilllegung aller Atomanlagen und zur Solidarisierung mit denjenigen, die gegen den Castor-Transport aktiv waren. Er fand internationale Verbreitung in der Anti-AKW-Bewegung, mit vielen positiven Reaktionen.

Zu den diesjährigen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai 2010 trat die Ökologische Linke in Köln an.

Für März 2011 gilt es die Kandidatur von ÖkoLinX-ARL für das Frankfurter Stadtparlament, den Römer, zu unterstützen. Es geht nicht nur um den Wiedereinzug, sondern um das Erreichen der Fraktionsstärke von drei Stadtverordneten, um die volle Handlungsfähigkeit im Parlament für außerparlamentarische Aktionen zu erreichen.

Wir brauchen Präsenz und gezielte Verknüpfung von Theorie, Praxis und Organisation, um außerparlamentarische Opposition zu machen. Denn nur mit einer Verbreiterung der antikapitalistischen Organisierung in der Gesellschaft kommen wir der sozialen Revolution näher.

**Rechenschaftsbericht für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken
am 11./12. Dezember 2010 in Köln**